

**Sitzung des Finanz- und Steuerausschuss der IHK Osnabrück-Emsland  
am 18. Juni 2008**

**Statement von IHK-Präsident Gerd-Christian Titgemeyer  
„Die Finanzpolitik des Landes Niedersachsen aus Sicht der Wirtschaft“**

Sehr geehrter Herr Minister Möllring,  
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen in der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland.  
Unser Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, dass wir Sie heute in unserer  
Mitte begrüßen dürfen und mit Ihnen über die Landesfinanzen diskutieren  
können.

Das zweite Mal bereits sind Sie Gast des Finanz- und Steuerausschusses der  
IHK Osnabrück-Emsland. Am 26. Mai 2003 haben Sie uns – kurz nach dem  
damaligen Regierungswechsel – Ihre Ziele für die Finanzpolitik in Niedersachsen  
präsentiert.

Die Ausgangssituation damals war wenig ermutigend. Ministerpräsident Wulff  
hatte seinerzeit festgestellt: „Das Land ist pleite“.

- Jährlich waren Haushaltslöcher von etwa 2 Mrd. Euro zu verbuchen. Eine  
Besserung war nicht in Sicht.
- Die Neuverschuldung belief sich auf 2,9 Mrd. Euro im Jahr 2002 und  
überschritt damit die Summe der Investitionen – ein klarer Verstoß gegen die  
Niedersächsische Verfassung.
- Seit 1990 hatten sich die Schulden auf 44,2 Mrd. Euro verdoppelt.

Vor dem Hintergrund dieses ernüchternden Befunds hatten Sie bei Ihrem letzten Besuch einen konsequenten Konsolidierungskurs der Landesregierung angekündigt. Heute, fünf Jahre später, gibt Ihnen der Erfolg recht. Die prekäre Finanzsituation hat sich deutlich entspannt:

- Das Haushaltsdefizit konnte mehr als halbiert werden und beträgt 2008 etwa 900 Mio. Euro. Für das Jahr 2010 strebt die Landesregierung einen Haushaltsausgleich an.
- Die Nettokreditaufnahme wurde kontinuierlich zurückgeführt und beläuft sich im Haushaltsjahr 2008 auf nur noch 550 Millionen Euro. Die Neuverschuldung wurde damit um mehr als 80 Prozent reduziert. 2008 wird die Nettokreditaufnahme die niedrigste seit 1973 sein.
- Der Schuldenzuwachs konnte deutlich abgebremst werden und beläuft sich derzeit auf etwa 49 Mrd. Euro.

Diese positiven Signale gehen in die richtige Richtung. Doch Entspannung heißt nicht Entwarnung. Trotz der Konsolidierungsbemühungen und trotz hoher Steuerzuwächse liegt die Schuldenlast in Niedersachsen mit 6.099 Euro pro Einwohner immer noch über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Dieser beläuft sich auf 4.915 Euro.

Dazu kommen aktuelle Risiken. Die weltweite Krise der Finanzmärkte wird nicht spurlos an den Landesfinanzen vorbeiziehen. Mit einer Fortsetzung der Steuerzuwächse der vergangenen Jahre können wir nicht rechnen. Umso wichtiger ist es, auf der Ausgabenseite Maß zu halten.

Die Konsolidierung des Landeshaushalts muss daher konsequent fortgesetzt werden. Nur so erhält das Land Gestaltungsspielräume, die die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens und der niedersächsischen Wirtschaft sichern. Mit dem NIHK-Eckwertepapier zur Landtagswahl hat der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag Empfehlungen für eine solide Finanzpolitik für Niedersachsen gegeben. Exemplarisch nenne ich drei Aspekte:

- Das Land sollte sich bundesweit zum Vorreiter machen und in die Landesverfassung ein Schuldenverbot aufnehmen.
- Eine nachhaltige Sanierung ist nur durch eine Begrenzung der Ausgaben möglich. Im Mittelpunkt muss dabei eine Verringerung der Personalausgaben stehen. Sie stellen mit 45 Prozent des Landeshaushalts den Hauptkostenblock. Ansatzpunkte bieten Aufgabenkritik und Prozessoptimierung, tarif- und besoldungsrechtliche Reformen wie z. B. Kürzungen von Zulagen oder ein Benchmarking mit anderen Landesverwaltungen.
- Zudem sollte konsequent das Privatisierungspotenzial beispielsweise in den Bereichen Staatshochbauverwaltung, Vermessungs- und Katasterverwaltung, Eichämter oder Liegenschafts- und Gebäudemanagement geprüft werden. Dies käme über zusätzliche Aufträge auch direkt der Wirtschaft zugute. Privatunternehmen sind vielfach in der Lage, die Leistungen schneller und effizienter zu erbringen.

Einige dieser Aspekte treiben Sie bereits intensiv voran – so etwa bei der Einführung eines Schuldenverbots. Im Interesse der Wirtschaft in Niedersachsen wünschen wir uns, dass Sie diesen Kurs halten. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen.

Vielen Dank.